

Papst fordert ein Ende der Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland

Bericht von Reuters



Papst Leo leitet am 16. August 2026 das Angelusgebet auf der Piazza della Libertà in Castel Gandolfo bei Rom, Italien. REUTERS/Remo Casilli ©

Thomson Reuters

CASTEL GANDOLFO, Italien, 16. August (Reuters) – Papst Leo forderte am Sonntag ein Ende der Gewalt gegen Palästinenser im besetzten Westjordanland, vor dem Hintergrund einer Welle von Angriffen militanter Siedler und einer Belagerung des Dorfes Qusra in diesem Gebiet.



Israelische Soldaten marschieren am 16. August 2026 vor einem belagerten palästinensischen Haus am Rande des Dorfes Qusra im von Israel besetzten Westjordanland vorbei. REUTERS/Mohammed Torokman NEUVERÖFFENTLICHUNG – MIT ZUSÄTZLICHEM HINTERGRUND © Thomson Reuters

Siedler umzingelten Häuser, nachdem sie die Wasser- und Stromversorgung unterbrochen hatten – laut Menschenrechtsorganisationen handelt es sich dabei um eine konzertierte Aktion, um mehr Land zu erobern und das Gebiet, in dem die Palästinenser einen Staat errichten wollen, weiter zu beschneiden.



Palästinenser nutzen ihre Handys, während israelische Siedler und Militärangehörige vor einem palästinensischen Haus in Qusra im von Israel besetzten Westjordanland stehen (15. August 2026); diese Bildaufnahme stammt aus einem Video. VOBR/via REUTERS © Thomson Reuters

„Ich erneuere meinen Appell, die wiederholte Gewalt gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Westjordanland zu beenden“, sagte der Papst, ohne konkrete Auseinandersetzungen oder Angriffe zu erwähnen.

„Ich fordere die internationale Gemeinschaft dringend auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Zwei-Staaten-Lösung für einen gerechten und dauerhaften Frieden voranzubringen“, fügte der Papst nach dem Mittagsgebet in seiner Residenz in Castel Gandolfo bei Rom hinzu.

Der Vatikan unterstützt seit langem die Idee eines künftigen palästinensischen Staates, der von mehr als 150 der 193 UN-Mitgliedstaaten als ein Gebiet anerkannt wird, das den Gazastreifen und das Westjordanland einschließlich Ostjerusalems umfasst.

Die rechtsgerichtete Koalitionsregierung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu hat den massiven Siedlungsbau im Westjordanland vorangetrieben, der laut Finanzminister Bezalel Smotrich darauf abzielt, die Idee eines solchen Staates zu begraben.



Blick auf eine israelische Siedlung auf einem Hügel in der Nähe des Dorfes Qusra im von Israel besetzten Westjordanland, 15. August 2026. REUTERS/Mohammed Torokman © Thomson Reuters

Die Vereinten Nationen und die meisten Regierungen betrachten die Siedlungen gemäß dem Völkerrecht im Zusammenhang mit militärischer Besatzung als illegal. Israel hat das Westjordanland im Krieg von 1967 erobert, argumentiert jedoch, dass es sich bei dem Gebiet um umstrittenes und nicht um besetztes Gebiet handele.

(Berichterstattung: Valentina Za; Redaktion: Andrew Heavens)